



Bundestagswahl 2021

Die Programme der Parteien zur Gesundheitsversorgung

(Auswertung Stand 10.08.2021)

Grundsätzlich streben alle Parteien eine flächendeckende Gesundheitsversorgung an. Sie erkennen ebenfalls die Notwendigkeit einer Reform der Krankenhausfinanzierung. Gesundheitsämter sollen – auch eine Lehre aus der Corona-Pandemie – deutlich gestärkt werden. Die Digitalisierung der Krankenhäuser und der Gesundheitsversorgung insgesamt wird als notwendig für die Lösung vieler Probleme gesehen. Der Ärztemangel im niedergelassenen Bereich wird als Problem erkannt, wobei die Lösungsansätze unterschiedlich ausfallen. Das Problem der ambulanten Notfallversorgung spielt, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle in den Programmen.

CDU/CSU

Da CDU/CSU in den vergangenen zwei Legislaturperioden das Gesundheitsministerium geführt haben, war mit radikalen Wendungen im Wahlprogramm nicht zu rechnen. Es sollen daher die begonnenen Maßnahmen in weiten Teilen fortgesetzt werden. Stärken und Schwächen des Gesundheitssystems seien in der Corona-Pandemie deutlich geworden. Daher wird angekündigt: „In einem zukunftsfähigen Gesundheitswesen setzen wir deshalb auf stärkere vernetzte Zusammenarbeit der einzelnen Akteure und nutzen das Potenzial der Digitalisierung“.

Bei der Finanzierung der Krankenversicherung wird auch weiterhin auf einkommensabhängige paritätische Beiträge, Eigenbeteiligung und einen Steueranteil für versicherungsfremde Leistungen gesetzt – letzterer dynamisierbar und an den tatsächlichen Kosten und deren Entwicklung angebunden. Eine Einheitsversicherung wird abgelehnt.

Die Selbstverwaltung wird als bewährt und erhaltenswert für das Gesundheitssystem gesehen. Gesetzliche und private Krankenversicherung ebenfalls sowie freie Arzt- und Therapiewahl.

Man strebt wieder Bürokratieabbau an, um Ärzte und andere Gesundheitsberufe zu entlasten und attraktiver zu machen. Wie, wird nicht erklärt.

Aus- und Weiterbildung in den Gesundheitsberufen sollen gestärkt werden. Es sollen 5.000 neue Studienplätze für Medizin geschaffen und die Landarztquote bei der Vergabe von Studienplätzen über die aktuelle Grenze von zehn Prozent erhöht werden.

Die E-Health-Strategie soll zur ressortübergreifenden Roadmap „Digitale Gesundheit 2030“ ausgebaut werden, von der Handlungsempfehlungen ausgehen. In Zukunft sollen digitale Versorgungsketten die Informationslücke zwischen Praxen und Krankenhäusern schließen.

Die Schwesterparteien wollen ambulante Versorgung und Krankenhäuser stärken. Damit sollen die Bürger einen digitalen, wohnortnahen Zugang zur Arzt- und Notfallversorgung haben. Investitionen in die Digitalisierung der Krankenhäuser sollen daher auch vorangetrieben werden, um medizinisches Spezialwissen überall verfügbar zu machen. Stärker berücksichtigt werden sollen dabei die Ziele einer bedarfsgerechten und flächendeckenden Grund- und Regelversorgung in der Krankenhausplanung und -finanzierung.

Deutschland soll wieder zur Apotheke der Welt werden.

SPD

Die SPD plant laut ihrem „Zukunftsprogramm 2021“ erneut die Einführung einer Bürgerversicherung. Gewährleistet werden soll damit ein gleich guter Zugang der Bürger zur medizinischen Versorgung sowie für alle eine solidarische Finanzierung. Das Ziel ist, durch die Zusammenlegung der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung das Gesundheitssystem leistungsfähiger zu machen.

Begrenzt werden soll die Renditeorientierung des Gesundheitswesens, da sie sich negativ auf die Patientenversorgung und die Arbeitsbedingungen des Personals auswirke. Gewinne, die aus Mitteln der Solidargemeinschaft erwirtschaftet werden, sollen weitestgehend dem Gesundheitssystem zufließen. Details dazu werden nicht genannt.

Krankenhäuser sollen stärker für ambulante, teambasierte und interdisziplinäre Versorgung geöffnet werden, da der Trend bei niedergelassenen Ärzten in Richtung Angestelltenverhältnis gehe und es zudem Engpässe in ländlichen Regionen gebe. Damit einhergehen müsse eine Neuordnung der Rollenverteilung zwischen ambulantem und stationärem Sektor erfolgen. Dienstleistungen müssten von niedergelassenen Teams und Kliniken gemeinsam erbracht werden. Notwendig sei gute Kooperation der medizinischen, psychotherapeutischen und pflegerischen Berufe.

Die Partei will Kommunen mehr Förderung bei der Einrichtung und beim Betreiben integrierter medizinischer Versorgungszentren vor allem auf dem Lande geben. „Die Grundkosten der Krankenhäuser und der integrierten medizinischen Versorgungszentren werden wir angemessen finanzieren“, heißt es. Das Fallpauschalensystem soll geprüft, die Pauschalen überarbeitet und wenn nötig abgeschafft werden.

Entschlossener sollen die Potenziale der Digitalisierung zur Verbesserung von Diagnosen und für die flächendeckende Versorgung genutzt werden. Zur Umsetzung der digitalen Transformation sollen flächendeckende Weiterbildungs- und Unterstützungsangebote für die Mitarbeiter, aber auch die niedergelassenen Ärzte und Pfleger geschaffen werden.

Bündnis90/Die Grünen

Am ausführlichsten haben sich die Grünen mit der künftigen Gestaltung der Gesundheitsversorgung auseinandergesetzt.

Zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in Stadt und Land sollen ambulante und stationäre Angebote künftig übergreifend geplant werden. Die Vergütung soll entsprechend anders gestaltet werden. Es soll eine gemeinsame Abrechnungssystematik für ambulante und stationäre Leistungen geben. Ein Ziel ist dabei, dass mehr auf das Patientenwohl als auf das wirtschaftliche Ergebnis geachtet wird.

Auch die Grünen sehen, dass der Ärztemangel in ländlichen Regionen, vor allem bei den Hausärzten, die flächendeckende Gesundheitsversorgung gefährdet. Daher sollen regionale Netzwerke entstehen und unterschiedliche Heilberufe in Gesundheitsregionen zusammenarbeiten. Neben der ambulanten-stationären Vernetzung soll auch die interdisziplinäre Zusammenarbeit der Gesundheitsberufe gestärkt werden. Dafür sollen kommunale Gesundheitszentren gefördert werden. Ärzte sollen Aufgaben an andere Gesundheitsberufe abgeben – auch, um diese attraktiver zu machen.

Die Grünen gehen davon aus, dass es in Deutschland eine Zwei-Klassen-Medizin gibt. Um das zu beenden, streben sie eine solidarisch finanzierte Bürgerversicherung an und wollen das System aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung ablösen. In die Bürgerversicherung sollen alle Bürger, auch Selbstständige, einbezogen und auch Beiträge auf Kapitaleinkünfte erhoben werden.

Als großes Vorhaben wird auch die Reform der Krankenhausfinanzierung gesehen. Krankenhäuser sollen nicht mehr ausschließlich nach Fallzahlen, sondern auch entsprechend ihrem gesellschaftlichen Auftrag finanziert werden. Da der ökonomische Druck zu Fehlanreizen, zu Lasten des Patientenwohls und zu Kosteneinsparungen zu Lasten des Personals geführt habe. Die Grünen wollen daher eine Säule der Strukturfinanzierung einführen und den verbleibenden fallzahlabhängigen Teil reformieren. Bund und Länder sollen künftig die Investitionskosten gemeinsam finanzieren.

Auch die Grünen wollen die Digitalisierung des Gesundheitswesens vorantreiben.

Sie wollen außerdem die Notrufleitstellen der Nummern 112 und 116117 organisatorisch zusammenlegen. Die Vorstellung ist, dass Notaufnahmen nachts und an den Wochenenden z.B. durch Hausärzte unterstützt werden, um durch sie auch weniger ernste Fälle gut zu versorgen, so die Begründung.

FDP

Die FDP will Therapiefreiheit ohne Budgetierungszwang. Der freie Beruf sei das Fundament einer liberalen Gesundheitsversorgung. Niedergelassene Berufe – Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, etc. – müssten auch weiterhin gestärkt werden, um in medizinischen Fragen autonom und ohne Weisung Dritter entscheiden zu können.

Gefördert werden sollen innovative Versorgungsformen. Die Partei will daher einen größeren gesetzlichen Spielraum für Direktverträge zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern.

Nachhaltig verbessert werden soll die Investitionsfinanzierung für Maximalversorger und auch für kleinere spezialisierte Krankenhäuser. Höhere Qualität müsse durch das Vergütungssystem belohnt werden.

Besser zu berücksichtigen seien die Bedürfnisse des ländlichen Raums. Hier meint die FDP, dass integrierte Gesundheitszentren dabei helfen könnten, die Grundversorgung mit ambulanten und kurzstationären Behandlungen zu sichern.

Die FDP steht zu dem Grundsatz „ambulant vor stationär“. Sie konstatiert außerdem, dass derzeit die Vergütungsregelungen die Überführung von Behandlungsmethoden aus dem Krankenhaus in den ambulanten Sektor erschweren.

Die Strukturreform im stationären Sektor müsse verantwortungsvoll weiterentwickelt und Fehlanreize für eine Überversorgung sowie ein Überangebot an Krankenhausleistungen müssten bereinigt werden. Eine Ungleichbehandlung von privaten, öffentlichen und konfessionellen Trägern wird abgelehnt, ebenso die Planungshoheit der Krankenkassen für die Versorgungsstrukturen.

Die Versorgung mit Arzneimitteln und Impfstoffen soll jederzeit gewährleistet sein. Dazu seien Maßnahmen zu ergreifen, die das Ziel hätten, die Herstellung von Arzneimitteln nach Deutschland oder die EU zurück zu verlagern.

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen soll klare und transparente Rahmenbedingungen vorangebracht werden. Dazu seien offene Standards, Interoperabilität und Datensicherheit notwendig. Die Vernetzung zwischen allen Gesundheitsakteuren sowie Patientinnen und Patienten müsse digital ausgestaltet sein.

Die Gesundheitsversorgung soll laut FDP künftig umfassend, regional und patientenzentriert gedacht werden. Die künstliche Sektorenbarriere zwischen dem ambulanten und dem stationären Versorgungsbereich sollen abgebaut und die Verzahnung und Vernetzung aller Versorgungsbereiche weiterentwickelt werden.

Die LINKE

Die Partei will die Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung abschaffen. Die Trennung von GKV und PKV soll aufgehoben und von einer solidarischen Grundversorgung abgelöst werden, in die alle Bürger mit ihren gesamten Einkünften einzahlen. Beendet werden soll die Kostenerstattung von nicht-evidenzbasierten Behandlungsmethoden durch die GKV.

Abschaffen will die Linke die Fallpauschalen zur Vergütung medizinischer Leistungen. Die aktuelle Krankenhausfinanzierung führe zu falschen Anreizen. Vollständig refinanziert werden müssten von den Krankenkassen die Betriebskosten.

Die Partei möchte, dass regionale Versorgungszentren mittelfristig Rückgrat der wohnortnahen Gesundheitsversorgung werden und ambulante, akutstationäre, notfallmedizinische psychotherapeutische, gemeindepflegerische und weitere andere Behandlungen koordinieren.

Geprüft werden soll eine Begrenzung der Kaufpreise für Kassensitze von Ärzten und Psychotherapeuten.

Die Linke will 100.000 Pflegekräfte mehr in den Krankenhäusern und 100.000 Pflegekräfte mehr in den Pflegeheimen sowie 500 Euro mehr Grundgehalt. Außerdem wird eine gesetzliche Personalbemessung für alle Berufe im Krankenhaus sowie in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen gefordert. In den Krankenhäusern sollen Personalabbau und Outsourcing stoppen und rückgängig gemacht werden.

Krankenhäuser sollen in kommunale, öffentliche oder gemeinnützige Hand überführt werden. Gefordert wird ein Verbot der Gewinnentnahme sowie ein Fonds des Bundes zur Rekommunalisierung, um eine weitere Privatisierung zu verhindern und Entprivatisierungsbestrebungen zu unterstützen.

Die Planungsrechte der Bundesländer sollen gegenüber den Krankenhausträgern gestärkt werden. Stationäre und ambulante Versorgung sollen gemeinsam nach Gemeinwohlinteressen geplant und gestaltet werden. Die Partei will gemeinsame Planungsgremien auf Landesebene unter Beteiligung von Patientenvertretungen, Ländern und Kommunen, Ärzten, Krankenhäusern und Krankenkassen einrichten. Die Bedarfsplanung für die psychotherapeutische Versorgung müsse dringend überarbeitet werden.

Die Partei will eine finanzielle Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und eine bessere Koordinierung.

AfD

Das bestehende System einer leistungsunabhängigen Budgetierung führt aus Sicht der AfD derzeit zu monatelangen Wartezeiten auf Facharztbehandlungen, zu überbordender Bürokratie, vorzeitigen Praxisschließungen und stark verringertem Wunsch nach beruflicher Selbstständigkeit. Das gefährde die ambulante Gesundheitsversorgung. Zudem wird die Hälfte der niedergelassenen Ärzte in den kommenden Jahren das Rentenalter erreichen.

Sie will eine leistungsgerechte Bezahlung der Mediziner und möchte Kopfpauschalen, Budgetierung und „willkürliche Honorarkürzungen innerhalb der GKV“ abschaffen. Stattdessen strebt die Partei die Einführung einer Einzelleistungsvergütung an. Um eine nichtmedizinisch notwendige Behandlungsausweitung zu verhindern, soll es ein Bonussystem für Versicherte geben.

Als eine der derzeit dringenden Aufgaben wird die Förderung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum gesehen. Hier sollten Hürden bei der Anstellung von ärztlichem Personal abgebaut und Arztpraxen, Polikliniken und MVZ mit angestellten Ärzten auch unter der Trägerschaft der Kommunen ausgebaut werden.

Weiter gestärkt werden sollten Maßnahmen wie finanzielle und organisatorische Niederlassungshilfen oder die Förderung von Medizinstudenten, wenn sie sich nach dem Studium für einen gewissen Zeitraum zu einer Berufstätigkeit in strukturschwachen Gebieten verpflichten.

Gefordert wird, dass medizinisches Fachpersonal über sehr gute Sprachkenntnisse (mindestens C1) verfügt. Die fachliche Qualifikation müsse ohne Einschränkungen dem deutschen Standard genügen.

Die Partei will eine Begrenzung privater Träger im Krankenhausbereich und einen Flächentarifvertrag für Pflegekräfte.